AKTION: ARMUT ABSCHAFFEN

Warum die Bekämpfung von Armut politische Priorität werden muss

ARBEITERKAMMER.AT

ÖGB

AK ÖSTERREICH

IMPRESSUM

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien als Büro der Bundesarbeitskammer
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe arbeiterkammer.at/impressum
© 2021: AK

Stand: September 2021

INHALT

5 VORWORT

RÜCKSCHAU

6 AK/ÖGB Pressegespräch:
Immer weniger Frauen schaffen es gesund in die Pension!

9 Pressekonferenz BM Mückstein und AK Anderl:
Armutskrise verhindern

12 Diskussion: „Armut können wir uns nicht leisten“

15 Diskussion: „Das Leben darf nicht arm machen“

18 Diskussion: „Arbeitslosigkeit: Armut ist nicht zumutbar“

WAS MUSS JETZT GESCHEHEN?

21 Was eine moderne Arbeitslosenversicherung braucht

23 AK Kinderarmutspaket

VORWORT

Die Covid-19-Pandemie hat eine Gesundheitskrise sowie eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftskrise ausgelöst, die immer noch deutlich zu spüren sind und weitreichende Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Jetzt muss sichergestellt werden, dass es nicht auch noch zu einer Armutskrise kommt.

Die aktuellen Zahlen zur Armut sind jedoch erschütternd: Über 1,5 Millionen Menschen in Österreich sind von Armut bedroht, davon sind über 350.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist auf ein noch nie dagewesenes Ausmaß gestiegen und die Stundungen für Mieten und Kredite aus der Covid 19-Krise laufen aus. Das Armutsrisiko steigt damit noch weiter.

Mit der „Aktion: Armut abschaffen“ hat sich die Arbeiterkammer über den Sommer intensiv mit den verschiedenen Aspekten von Armut befasst und Wege aus der Armut aufgezeigt. In drei Diskussionsrunden unter den Titeln „Armut können wir uns nicht leisten“, „Das Leben darf nicht arm machen“ und „Arbeitslosigkeit – Armut ist nicht zumutbar“ haben wir mit Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft Problemlagen und Lösungen diskutiert.

Es bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass mit der Covid-19-Krise Probleme, die schon davor bestanden, deutlich sichtbarer wurden – Armut ist eines davon. Es gilt jetzt, neue Armut zu verhindern und bestehende abzubauen. Dazu braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Akteurinnen und Akteure, angefangen bei der Bundesregierung über Sozialpartner bis hin zu NGOs. Nur ein gemeinsames Bekenntnis aller Verantwortlichen wird dazu beitragen, den drohenden Anstieg von Armut zu verhindern und bestehende Armut zu beseitigen.

Die gewonnenen Erkenntnisse der vergangenen Wochen möchten Arbeiterkammer und Österreichischer Gewerkschaftsbund nun mit Ihnen teilen.

Renate Anderl
AK-Präsidentin

Wolfgang Katzian
ÖGB-Vorsitzender

■ **AK/ÖGB Pressegespräch:**
Immer weniger Frauen schaffen es gesund in die Pension!

FRAUEN-PENSIONSANTRITTE: GESUNDE BERUFSLAUFBAHNEN ERMÖGLICHEN!

Die Alarmglocken schrillen: Nur jede 2. Frau wechselt direkt aus der Erwerbstätigkeit in die Pension! Das ist das Ergebnis einer von der AK Wien bei WIFO und FORBA in Auftrag gegebenen Studie, die die Bedingungen und möglichen Auswirkungen der Erhöhung des Frauenpensionsalters untersucht.

Folglich schafft es also ein großer Teil der Unternehmen nicht, den Frauen adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten bis zur Pension zu bieten – vor dem Hintergrund, dass das Antrittsalter der Frauen ab 2024 steigen wird, umso alarmierender.

„Höchste Eisenbahn, dass etwas getan wird. Wir brauchen Arbeitsbedingungen, die es Frauen ermöglichen, direkt in die Pension zu wechseln. Denn sonst ist der Altersarmut Tür und Tor geöffnet“, fordern AK Präsidentin Renate Anderl und ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schuman.

NOTWENDIGE MASSNAHMEN AUF VERSCHIEDENEN EBENEN

Gefordert sind die Betriebe:

- **Arbeitsbedingungen alternsgerecht gestalten**

  Bessere Arbeitsbedingungen sind eine zentrale Voraussetzung für einen längeren Verbleib im Arbeitsleben. Allerdings schaffen die wenigsten Unternehmen die Voraussetzungen für **alternsgerechte Arbeitsbedingungen**. Arbeitszeiten erlauben oft keine ausreichenden Erholungspausen oder erschweren die Vereinbarkeit von Familie/Freizeit und Berufsleben. An diesen Schrauben ist zu drehen:

  • Betriebliche Gesundheitsangebote (müssen bekannt und in der Arbeitszeit nutzbar sein)

  • Altersadäquate Arbeitszeitmodelle (Lage der Arbeitszeit, ausreichende Erholungspausen)

  • Veränderte Arbeitsorganisation (schweres Heben vermeiden, Arbeitsintensität verringern, bessere Personalplanung, die eine dauerhafte Überbeanspruchung der ArbeitnehmerInnen vermeidet, innovative Arbeitszeitmodelle, die nachteilige Erwerbsmuster von Frauen und Männern aufbrechen)

- **Abbau von negativen Stereotypen gegenüber älteren Beschäftigten**
  (z.B. bei Beschäftigungsaufnahme und Weiterbildung)

- **Berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmerinnen**
  Die Beschäftigungschancen für ältere Arbeitnehmerinnen können durch betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung verbesserten werden. Dies ist auch in Hinblick auf den digitalen Wandel entscheidend.

Gefordert sind auch (Arbeitsmarkt)Politik und Gesetzgeber:

- **Weiterentwicklung der Altersteilzeit** mit dem Ziel einer leichteren Inanspruchnahme

- **Breite Vorbereitung von allen relevanten AkteurInnen** auf die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters (u.a. ArbeitgeberInnen, Beschäftigte, Betriebsräte), inklusive Informationsoffensive zuständiger Bundesministerien und der Pensionsversicherungsanstalt.

- **Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen durch ein Angebot qualitativer und leistbarer Pflege fördern**

  Wenn ältere Arbeitnehmerinnen die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger übernehmen, führt das oft dazu, dass die berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben wird. Der Ausbau von Pflegeangeboten ist eine wichtige Rahmenbedingung für die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen. Eine Pflegereform, die ein leistbares und qualitatives Angebot an Pflege für die Familien sicherstellt, muss endlich angegangen werden.

- **Die Arbeitsmarktintegration älterer Arbeitnehmerinnen durch den Ausbau flächendeckender, leistbarer und hochqualitativer Kinderbetreuungseinrichtungen stärken**

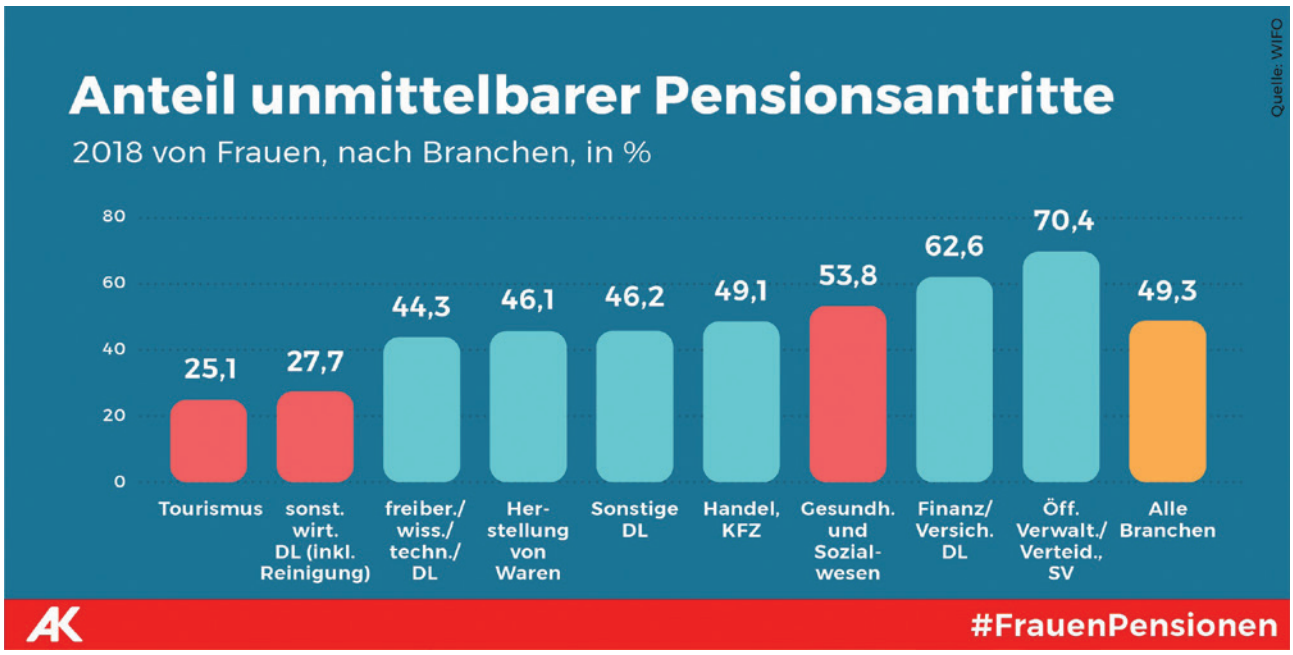
  Oft übernehmen ältere Arbeitnehmerinnen die Betreuung der Enkelkinder, wenn Kinderbetreuungseinrichtungen gar nicht oder nicht mit passenden Öffnungszeiten zur Verfügung stehen. Bund, Länder und Gemeinden sind gefordert, endlich ein ausreichendes bundesweites Angebot an Kinderbetreuung zu schaffen.

- **Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeit- und Altersarbeitslosigkeit**

  Die stark steigende Langzeitarbeitslosigkeit wird mit einer Jobgarantie nach dem AK-Modell „Chance 45“ bekämpft. Dabei werden verschiedene Arbeitsmarktinstrumente systematisch zusammengeführt, und insbesondere die Wiederbeschäftigung Langzeitarbeitsloser (ab einem Alter von 45 Jahren) mittels kollektivvertraglich entlohnter Dauerarbeitsplätze in gemeinnützigen Dienstleistungen gefördert.

  Die Aktion Sprungbrett des Bundesministers Kocher muss langzeitarbeitslosen Frauen eine nachhaltige Beschäftigung ermöglichen – in Unternehmen, in Gemeinden, in Nichtregierungsorganisationen. Das AMS muss gewährleisten, dass diese Aktion Frauen und Männern gleichermaßen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Zumindest die Hälfte der 50.000 der mit dieser Aktion geförderten Personen müssen Frauen sein.

- Auch innovative Formen von Arbeitszeitverkürzungen (z.B. leichtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche, Anspruch auf 4-Tage-Woche, Freizeitoption in Kollektivverträgen) tragen dazu bei, den materiellen Wohlstand in Zeitwohlstand umzuwandeln und bezahlte (und unbezahlte Arbeit) gerechter zu verteilen. Eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen befürwortet laut einer Umfrage von SORA eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenarbeitsstunden.



AK-PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

Immer weniger Frauen gehen gesund in Pension

Ab 2024 wird das Pensionsantrittsalter für Frauen erhöht. Laut AK ist das „bedrohlich".

Das gesetzliche Pensionsantrittsalter beträgt in Österreich für Frauen 60 Jahre, für Männer 65 Jahre, obwohl Frauen eine um mehr als fünf Jahre längere Lebenserwartung haben. Das frühere Frauenpensionsalter sollte historisch die Doppelbelastung und andere Nachteile von Frauen ausgleichen. Aber Österreicher und Österreicherinnen werden immer älter. Die steigende Anzahl der Pensionisten verschärft das Defizit zwischen Ein- und Auszahlungen im österreichischen Pensionssystem.

Anderl fordert Begleitmaßnahmen APA

Ab 2024 wird das Pensionsantrittsalter der Frauen in Österreich daher schrittweise an jenes der Männer angehoben, wogegen die Arbeiterkammer sich nun einmal mehr in Stellung bringt.

„Knapp weniger als die Hälfte aller Frauen wechselt direkt aus dem Beruf in die Pension", so AK-Präsidentin Renate Anderl. Sie schließt daraus, dass „immer weniger Frauen gesund in Pension gehen". Ein weiteres Argument der AK: In den vergangenen zehn Jahren ist das Pensionsantrittsalter der Frauen gestiegen. Gingen 2009 nur 38 Prozent der Frauen erst mit 60 Jahren in Pension, so seien es 2019 schon 73 Prozent gewesen. Gleichzeitig würden die Arbeitsbedingungen belastender. Und bald auch noch das höhere Antrittsalter: „Eine bedrohliche Situation kommt auf die Frauen zu. Es droht die Altersarmut." Eine Studie der Autorinnen Ingrid Mairhuber (Forba) und Christine Mayrhuber (Wifo) kommt weiters zu dem Ergebnis, dass „30 Prozent der Frauen in Österreich von einer Pensionslücke betroffen" und „Begleitmaßnahmen zur Pensionsantrittserhöhung nötig sind". Damit sind unter anderem ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit und ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag des Kindes gemeint. Korinna Schumann (ÖGB) fordert generell eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen. **Eva Gabriel**

Nur jede Zweite schafft es gesund vom Job in Pension

WIEN. Nur jede zweite Frau in Österreich wechselt direkt aus der Erwerbstätigkeit in die reguläre Pension. Nicht selten sind gesundheitliche Probleme der Grund für ein frühzeitiges Ende des Arbeitslebens. Das ist das Ergebnis einer von der Arbeiterkammer beim Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Auftrag gegebenen Studie. Der Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren um gut fünf Prozentpunkte gesunken, nicht zuletzt weil Frauen länger erwerbstätig bleiben.

Die Situation hänge stark von der Branche ab. In Beherbergung und Gastronomie oder auch in der Reinigungsbranche träten weniger als ein Drittel der Frauen direkt von einer aktiven Beschäftigung in eine Alterspension über, so WIFO-Expertin und Studienautorin Christine Mayrhuber. In der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen –

Ne
die
wich
Groß
Frau
arbei
weni
nur e
Da
tritts
verga
gen. (
der F
sion,
fast 7
ßerte
zwisc
schäf
des F
72 M
Bran

und Pflege, Einzelhandel und Gebäudereinigung) seien die Betriebe auf die ab 2024 einsetzende schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters auf 65 Jahre nicht vorbereitet, so die Studienautoren. Es würden kaum Maßnahmen gesetzt, um die Arbeitsfähigkeit zu erhalten.

Mehr als die Hälfte der Frauen über 45 Jahre kann sich laut einer Sonderauswertung des Arbeitsklimaindex 2020 auch nicht vorstellen, im aktuellen Beruf bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter durchzuhalten. Deutlich höher ist

BILD: SNIPANOCHMUTH

„Jetzt ist Zeit zu handeln."
Renate Anderl, AK-Präsidentin

dieser Anteil in typischen Frauenberufen wie der Pflege oder bei Reinigungskräften.

Für AK-Präsidentin Renate An-

Erwerbslücke bei Frauen wächst

Nur jede zweite Frau wechselt direkt aus dem Beruf in die Pension

Wien – Nur jede zweite Frau wechselt direkt aus der Erwerbstätigkeit in die Pension. Das ist das Ergebnis einer von der Arbeiterkammer bei Wifo und Forba in Auftrag gegebenen Studie. Für AK-Präsidentin Renate Anderl ist dieser Befund „erschütternd". Anderl und die ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende Korinna Schumann betonten, dass angesichts der in zweieinhalb Jahren beginnenden Anhebung des Frauenpensionsalters die Alarmglocken läuten müssten.

Laut Studie sind im Jahr 2019 nur 48,1 Prozent der Frauen direkt aus der aktiven Beschäftigung in die Alterspension gewechselt. Dieser Anteil ist in den letzten zehn Jahren noch um gut fünf Prozentpunkte gesunken – 2010 waren es 53,3 Prozent. Besonders negativ fallen dabei die Branchen Tourismus und Reinigung auf, wo nur 25,1 bzw. 27,7 Prozent der Frauen direkt in die Pension gegangen sind. Auf der anderen Seite waren es in der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen (ohne Beamte) mehr als 70 Prozent. Neben der Branche ist die Unternehmensgröße ein wichtiger Faktor. In Großunternehmen gehen zwei Drittel lückenlos in die Pension, in Kleinbetrieben ein Drittel.

Das Pensionsantrittsalter von Frauen ist zwar in den letzten zehn Jahren gestiegen. Gingen 2010 rund 38 Prozent der Frauen mit 60 Jahren in Pension, lag dieser Anteil 2019 bei fast 70 Prozent. Allerdings steigt die Erwerbslücke zwischen letzter Beschäftigung und dem Zeitpunkt des Pensionsantritts – von mehr als fünf Jahren auf knapp sechs Jahre (von 63 auf 71,9 Monate).

Durchhalten bis zur Pension ist in vielen Branchen schwierig.
Foto: APA/Hochmuth

Mehr als die Hälfte der Frauen über 45 kann sich laut Sonderauswertung des Arbeitsklimaindex 2020 nicht vorstellen, im aktuellen Beruf bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter durchzuhalten. Noch deutlich höher ist der Anteil in Branchen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind, wie Altenpflege und Behindertenbetreuung, bei Reinigungskräften, in der Pflege und medizinischen Betreuung.

Angesichts der ab 2024 kommenden Erhöhung des Frauenpensionsalters von 60 auf 65 Jahre warnten Anderl und Schumann vor einer weiter steigenden Erwerbslücke und vor Altersarmut von Frauen. Vor allem müssten die Arbeitsbedingungen verbessert werden, forderten Anderl und Schumann. Es brauche altersgerechte Arbeitsplätze, wirksame Arbeitsmarktprogramme für Frauen, Vollzeitangebote für Frauen und eine Verkürzung der Arbeitszeit. (APA)

Pressekonferenz zum Nachschauen

Pressekonferenz BM Mückstein und AK Anderl: Armutskrise verhindern

„Wir haben umfassende Vorschläge gegen Armut erarbeitet und werden über den Sommer auch in Dialog mit anderen Institutionen und Gruppen treten. Wir brauchen jetzt eine breite Allianz, denn es kann nicht sein, dass in einem so reichen Land Eltern nicht wissen, ob ihre Kinder in der Schule und dann im Berufsleben Erfolg haben werden, weil sie sich keine Computer für Homeschooling und kein starkes Internet leisten können, von Urlaub ganz zu schweigen“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl.

Das wirksamste Mittel gegen Armut ist ein Arbeitsplatz mit gerechter Entlohnung und fairen Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist daher die Arbeitsmarktpolitik.

Die AK fordert dazu:

- Arbeitslosengeld von 55 auf 70 Prozent des Nettoeinkommens erhöhen
- Mehr AMS-Personal für bessere Betreuung der Arbeitsuchenden
- Mehr Chancen für Langzeitarbeitslose Wir erwarten, dass die 300 Mio. Euro für die Aktion Sprungbrett zusätzliches Geld sind.
- Außerdem muss diese Aktion bis Ende der Legislaturperiode verlängert werden.
- Volle Lohntransparenz in den Betrieben, für faire Einkommen von Frauen

ENGAGIERT GEGEN KINDERARMUT

Die finanzielle Lage der Familie darf niemals der Grund dafür sein, dass Kinder keine Chancen im Leben bekommen. Trotzdem leben in Österreich 362.000 Kinder in Haushalten, die es sich nicht leisten können, unerwartete Ausgaben zu tätigen. Die AK hat ein Paket gegen Kinderarmut geschnürt, das rasch umgesetzt werden muss. „Kinder, die in Armut leben müssen – das ist eine Schande für unser reiches Land“, so Anderl.

Die AK fordert dazu:

- Genug Geld zum Leben für alle Familien: ausreichend hohe Leistungen bei Arbeitslosigkeit und in der Mindestsicherung
- Chancengerechtigkeit im Bildungssystem beginnend bei Elementarbildung
- Leicht erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote, etwa frühe Hilfen für gefährdete Familien.

FRAUEN SIND BESONDERS VON ARMUT BETROFFEN

Sie verdienen in Österreich nach wie vor weniger als Männer (Beim Vergleich der Stundenlöhne 2019 um knapp 20 Prozent). Frauen arbeiten oft Teilzeit, das führt zu niedrigen Einkommen und geringen Frauenpensionen. Schweden und Dänemark zeigen, wie es besser geht: Ein wesentlicher Faktor ist, dass in diesen Ländern die Kinderbetreuung und Elementarbildung viel besser ausgebaut und finanziert sind als bei uns. Österreich muss hier dringend nachziehen.

Die AK fordert dazu:

- Volle Lohntransparenz in den Betrieben – nur wenn Frauen wissen, was die Kollegen verdienen, können sie gerechten Lohn einfordern
- Mehr Unterstützung für partnerschaftliche Teilung von Kinderbetreuung
- 1% des BIP für Kinderbildung (von derzeit 0,70) – Forderung der AK, gemeinsam mit Sozialpartnern und IV
- Schulfinanzierung nach AK-Chancenindex
- Mehr Ganztagsschulen, ganzjährig, in ganz Österreich

DIE REICHEN KÖNNEN MENSCHEN AUS DER ARMUT HOLEN!

„Armut ist kein Naturgesetz, Armut wird gemacht – und in Kauf genommen“, so Anderl. *„Wir wollen nicht die Reichen arm machen. Aber die Reichen können es sich leisten, die Menschen aus der Armut zu holen.“* Was jetzt auf gar keinen Fall kommen dürfe, seien Sparpakete in den Sozialsystemen, denn dann sei eine Armutskrise garantiert. Anderl: *„Verfestigte Armut darf nicht Folge der Corona-Krise sein, der Aufschwung muss ein Aufschwung für alle werden. Es gibt in diesem Land immens viele Reichtum – dass es auch so viel Armut gibt, ist schändlich!“*

1,5 Mio. Notleidende: Ein Auftrag zu handeln

17,5 Prozent der Österreicher sind arm bzw. armutsgefährdet. Die Pandemie hat die Lage weiter verschärft. Zeit, etwas dagegen zu tun.

Auch wenn es die Zahlen in den einzelnen Bereichen wohl erst in ein, zwei Jahren widerspiegeln – Hilfsorganisationen und Co. bemerken es sofort: Die Pandemie wirkt sich nicht nur bei jenen aus, denen es bereits vor Corona schlecht ging, sondern auch auf jene, die sich und ihre Lieben bisher gut versorgt wussten. Und da waren die von der Regierung auf den Weg gebrachten Einmalhilfen – wie etwa die 656 Millionen Euro Einmalzahlung an Familien – und Unterstützungsprogramme – z. B. die 1,1 Milliarden Euro für Selbstständige und Künstler – zwar der Sache dienlich, aber eben nur kurzfristig. Von den 1,5 Millionen Österreichern, die als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten, mangelt es 233.000 Personen konkret an dem Notwendigsten. „Ein Auftrag zu handeln", meint auch Sozialminister Wolfgang Mückstein. Existierende Lücken müssten geschlossen, Härten entschärft werden. Er will etwa betreffend des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes die Forderungen der Soziallandesräte „nach mehr Spielraum bei der Sozialhilfe" unterstützen.

Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl sieht Sozial- und Notstandshilfe im Land als „einfach zu gering": Dies müsse behoben werden, sagt sie. Ebenso schon eine lange Forderung der AK: die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent. Anderl geht es vor allem um die Bekämpfung von Kinderarmut: Familien bräuchten genug Geld zum

FRAGE DES TAGES

Stichwort Armut: Waren Sie schon einmal in einer finanziell prekären Situation?

Ja	67%
Nein	33%

KRONE.AT-VOTING
XXXXX TEILNEHMER, Stand 19 Uhr

Die sozialen Auswirkungen der Pandemie sind deutlich sichtbar. An vielen Team-Österreich-Tafeln kommen jetzt schon bis zu 20 Prozent mehr Neukunden.

Rotkreuz-Präsident Gerald Schöpfer

Foto: SEPA Media | Michael Indra

Wir müssen aufpassen, dass die Gesundheitskrise nicht zur Armutskrise wird. Wirksamstes Mittel: ein Job mit gerechter Entlohnung und fairen Arbeitsbedingungen.

Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl

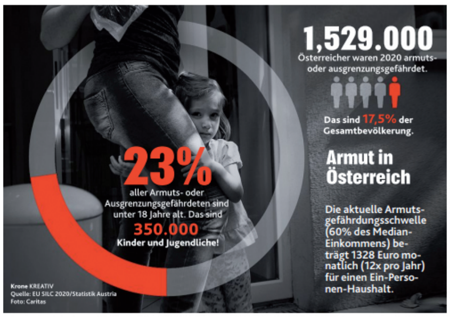
Foto: SEPA Media | Michael Indra

Im Brennpunkt

SILVIA SCHOBER

Leben, Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und leicht erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote. Und damit ist die AK ja nicht allein, Ähnliches fordern Experten und Helfer schon längstens.

Im Regierungsprogramm festgelegtes Ziel ist, die Armut im Land zu halbieren. Dazu braucht es laut Mückstein „Maßnahmen in allen Ressorts" und „Zusammenarbeit mit Ländern und Sozialpartnern". Schöne Worte, schöner Gedanke. Man darf gespannt sein, wie viel Gemeinsamkeit es in der Regierung letztlich im Kampf gegen Armut geben wird.



„Weiß nicht, wie es weitergeht"

Tuba S. kennt das Gefühl, wenn die Schulden plötzlich überhandnel… wie man den Kindern …

So schnell rutscht man i… die Armutsfalle: Ih… Leben lang hat die Alleiner… zieherin zweier Kinder ge… arbeitet, zuletzt in Pflegehei… men. Im Vorjahr verwirk… lichte sie dann ihren Traum…

den Großteil hatte sie ja in

Foto: Johannes Hloch

Interview

„Kommen, sobald es schwierig wird"

Die Armut hat sich verändert: „Sie trifft mehr und andere Gesellschaftsgruppen", weiß Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk. Er erklärt, warum.

Wie haben sich Armut und davon Betroffene verändert?

Vor 20 Jahren waren es noch die gesellschaftlichen Randgruppen. Heute trifft es viel mehr, wir sehen vor allem Probleme bei Wohnen, Gesundheit, Arbeit.

Was stimmt mit der Arbeit nicht?

Wir brauchen Jobs, von denen man leben kann. Das ist nicht immer so. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sind so gering, dass man bei Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

Was ist bei Wohnen und Gesundheit problematisch?

Wohnen wird zunehmend unleistbar, gerade für Familien mit niedrigem Einkommen wie Alleinerzieher, Mehrkindfamilien. Die Mieten im Privatsektor sind gestiegen, im sozialen Wohnbau hat sich zu wenig getan. Bei der Gesundheit fehlt es z. B. an 50.000 bis 70.000 Kinder-Therapieplätzen in verschiedenen Bereichen. Viele dieser Kinder leiden jetzt auch unter der gekürzten Sozialhilfe. Sie brauchen aber eine gute Mindestsicherung, die Chancen gibt.

Wirkt sich die Krise aus?

Wenn die Konjunktur anzieht, werden viele wieder Jobs bekommen, als Erstes aber nicht Ältere, Kranke, Beeinträchtigte. Die Sockelarbeitslosigkeit steigt zeitverzögert, das werden wir in ein, zwei Jahren sehen.

Was kann der Einzelne gegen Armut tun?

Wer sich gerne engagieren möchte: Es gibt bei Hilfsorganisationen so viele Möglichkeiten dafür!

Und was der Betroffene?

Ich weiß, es ist schwer, aber sobald es schwierig wird, so schnell wie möglich in die Beratung kommen bzw. anrufen. Je schneller, desto mehr kann man machen.

Foto: Martin Jöchl

Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk spricht auch für die Armutskonferenz (www.armutskonferenz.at).

Mückstein ortet Lücken bei der Armutsbekämpfung

Sozialminister will mehr gegen die Armut tun

Auftritt Mücksteins (Grüne) mit roter AK-Präsidentin – Absage an Überlegungen des Koalitionspartners VP

WIEN. Sozialminister Wolfgang Mückstein (Grüne) will mehr gegen die Armut tun. Er verwies am Donnerstag auf viele Einmalhilfen und Unterstützungsprogramme, diese seien aber „nicht genug", sagte er bei einem Termin mit Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl. In diesem Zusammenhang nannte er das unter Türkis-Blau auf den Weg gebrachte Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Hier unterstützt Mückstein die Forderung der Soziallandesräte nach mehr Spielraum bei der Sozialhilfe. Daher werde er … Grundsatzgesetzes „weiter einsetzen", so der Sozialminister.

Auf die Frage, ob er hier den Koalitionspartner hinter sich habe, sagte Mückstein, dass man – wie im Regierungsprogramm festgeschrieben – mit der Halbierung der Armut ein „klares Ziel" habe.

„Ein Auftrag zu handeln"

Dabei seien Maßnahmen in allen Ressorts sowie eine Abstimmung mit den Ländern notwendig. Die 1,5 Millionen armutsgefährdeten Menschen in Österreich seien „ein …

Grüner Mückstein, AK-Anderl Foto: APA

Auch brauche es „mehr Geld" für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Verschärften Zumutbarkeits… erteilte Mückstein eine Absage. Man könne über verschiedene Modelle diskutieren, habe aber das Ziel der Halbierung der Armut, dabei sei weniger Arbeitslosengeld „nicht zielführend – das wird es mit den Grünen nicht geben."

Ähnlich sieht das die AK-Präsidentin: Die Zumutbarkeitsregeln seien „ohnehin die schärfsten". De facto könnten Arbeitslose in ganz Österreich vermittelt werden, außer sie haben kleine Kinder. Eine weitere Verschärfung sei unsinnig, stattdessen brauche es bessere Ar…

Kampfansage an die Arm…

Grünen-Sozialminister Wolfgang Mückstein und AK-Chefin Rena… auf ein pandemiebedingt vergrößertes Problem: „Jedes Minist…

Wien – Es ist eine ungewöhnliche Paarung in neuerer Zeit. Ein Sozialminister tritt mit der Arbeiterkammer-Chefin auf, um auf die Armut von Menschen auch im vergleichsweise reichen Land Österreich zu verweisen.

Grünen-Ressortchef Wolfgang Mückstein verweist zwar auf – während der Pandemie von der Regierung initiierte – Einmalhilfen und Unterstützungsprogramme, diese seien aber „nicht genug". Lücken müssten geschlossen, Härten entschärft werden. Mückstein nennt etwa das unter Türkis-Blau auf den Weg gebrachte Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Mückstein unterstützt die Forderungen der Soziallandesräte „nach mehr Spielraum bei der Sozialhilfe". Daher werde er sich für die „Reparatur" des Grundsatzgesetzes „weiter einsetzen".

Gefragt, ob er in dieser Sache den türkisen Koalitionspartner hinter sich wähnt, sagte Mückstein, dass es – wie im Regierungsprogramm festgeschrieben – mit der Halbierung der Armut ein „klares Ziel" gebe. Maßnahmen in allen Ressorts seien gefordert, detto sei das die Abstimmung mit den Ländern. Die 1,5 Millionen armutsgefährdeten Menschen in Österreich seien „Auftrag zu handeln". Es gebe „manifeste Armut".

Auch „mehr Geld" für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei vonnöten, befindet Mückstein. Niedrigere Zumutbarkeitsgrenzen und ein degressives Arbeitslosengeld – wie vom Koalitionspartner ÖVP erwünscht – will der Minister nicht.

Mückstein und Anderl sind gegen strengere Zumutbarkeitsregeln für arbeitslose Menschen.

Über Modelle sei zu diskutieren, angepeilt sei aber, die Armut „zu halbieren". Ergo sei weniger Arbeitslosengeld „nicht zielführend. Und das wird es mit den Grünen auch nicht geben. Wir brauchen Beschäftigung", sagt der Sozialminister. Dafür müsse man die Arbeitsbedingungen verbessern, um die Leute in die Beschäftigung zu bringen. „Ich glaube nicht, dass man hier mit Druck etwas erreicht."

Ähnlich sieht das die AK-Präsidentin. Die hiesigen Zumutbarkeitsregeln seien „ohnehin die schärfsten". De facto könnten Arbeitslose in ganz Österreich vermittelt werden, außer sie haben kleine Kinder. Eine weitere Verschärfung sei nicht zielführend. Stattdessen seien attraktivere Arbeitsbedingungen geboten.

Anderl konstatiert, dass während der Pandemie zwar einiges umgesetzt worden sei, sie fürchtet a… die Bekämpfung d… in den Hintergru… Teils seien die Pro… der Pandemie vers… den. Aus der Gesun… se sei eine Wirtsch… Beschäftigungskris… den, sagt Anderl: „… sen aufpassen, dass sie nicht in einer Armutskrise endet." Jetzt müsse man aktiv werden und gegensteuern, der Arbeitsmarkt verschärfe sich nämlich weiter. Alleinerzie… dung um 40 Prozent", sagt Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas. Einmalzahlungen und höhere Notstandshilfe hätten vor dem Schlimmsten bewahrt. *(APA, TT)*

Diskussion: „Armut können wir uns nicht leisten“

Hanna Biller (Bundesjugendvertretung), AK-Experten Norman Wagner, Moderatorin Gundula Geiginger, Journalistin Nina Horaczek und der Psychotherapeut Martin Schürz

Die erste Diskussion zum Thema „Armut bei Kindern und Jugendlichen: Mit Corona sind weitere Schwierigkeiten hinzugekommen“ fand am **Mittwoch, den 11. August** statt.

In Österreich leben 362.000 Kinder und Jugendliche in Haushalten, die es sich nicht leisten können, unerwartete Ausgaben zu tätigen. 105.000 Kinder, Jugendliche bzw. deren Eltern können aus finanziellen Gründen nicht wenigstens einmal im Monat FreundInnen oder Verwandte einladen. *„Mit der Covid-19-Krise sind weitere Schwierigkeiten hinzugekommen“*, sagt AK Experte Norman Wagner. *„Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Österreich Kinder in Armut aufwachsen müssen.“* Im Rahmen der „Aktion: Armut abschaffen“ hat die AK im Vorfeld des Tags der Jugend eine Diskussion zum Thema „Armut können wir uns nicht leisten“ organisiert.

KEYFINDINGS AUS DER DEBATTE

Die Keyfindings aus der Debatte, an der neben AK-Experten Norman Wagner der Psychotherapeut Martin Schürz, Hanna Biller (Bundesjugendvertretung) sowie die Journalistin Nina Horaczek teilnahmen:

„Bei der Armutsbekämpfung müssen viele Zahnräder ineinandergreifen“, sagt AK Experte Norman Wagner. So hat etwa die Wohnsituation Einfluss auf die Gesundheit, und Gesundheit ist wiederum eine Voraussetzung, um in Schule, Ausbildung oder am Arbeitsplatz leistungsfähig zu sein. Wichtig ist, dass die Kinder- und Jugendliche selbst unterstützt werden und nicht nur die Haushalte, in denen sie leben.

- *„Kinderarmut hat psychosoziale Folgen für die ganze Familie“*, sagt Martin Schürz. Das Leben in Armut ist eine Erschwernis, die sich beispielsweise in Angst zeigt, in Beschämung und in Scham.

- *„Kinder und Jugendliche wissen, was sie für ein gutes Leben brauchen. Deshalb ist es wichtig, dass sie auch selbst immer zu Wort kommen und mitreden können“*, sagt Hanna Biller, Referentin bei der Bundesjugendvertretung.

- Wir haben ein Bildungssystem, in dem Bildung massiv vererbt wird. Aus armen Kindern werden oft arme und kranke Erwachsene. Um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, braucht es massive Investitionen in die Kinderbildung, eine Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex und kostenlose hochwertige Ferien- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder. 100 Millionen Euro werden derzeit pro Jahr für Nachhilfe ausgegeben – das können sich bei weitem nicht alle leisten.

- Neben Bildung muss auch auf Verteilungsthemen geachtet werden. Eine gerechtere Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der jene mit großem Vermögen mehr Beiträge leisten.

- Der Grund für Armut ist oft Arbeitslosigkeit, das Arbeitslosengeld in Österreich ist sehr niedrig. Daher braucht es hier eine Erhöhung.

- Damit der jetzt einsetzende Aufschwung ein Aufschwung für alle werden kann, müssen Gruppen, die derzeit weniger Chancen haben, neue Chancen bekommen, vor allem Langzeitbeschäftigungslose und ältere ArbeitnehmerInnen.

- Zur Bekämpfung von Armut bei Kindern und Jugendlichen hat die Arbeiterkammer ein umfassendes Paket vorgelegt, das neben Geldleistungen auf Bildungschancen und Unterstützungsangebote setzt. Denn die Wege aus der Kinderarmut sind komplex, aber mit dem richtigen Mix aus Geld- und Sachleistungen erfolgreich beschreitbar.

meinbezirk.at

Das Online-Portal der Bezirks Blätter

Bezirk auswählen | Nachrichten | Leben | Fotos & Videos | Veranstaltungen | Jobs | Mar

> Politik

Österreich
Maria Jelenko-Benedikt
zu Favoriten

Kinder betroffen

Arbeiterkammer startet Aktion „Armut abschaffen"

11. August 2021, 08:39 Uhr

LITIK | INLAND

11.08.2021

rbeiterkammer startet Aktion "Armut bschaffen"

2.000 Kinder leben in Österreich in einem Haushalt, der es sich nicht

Arme Kinder in einem reichen Land

Steigende Lebenskosten für Familien, Debatten über die Zuverdienstgrenze für Arbeitslose, Steuerreform: Bei anstehenden Reformen dürfen nicht die Ärmsten draufzahlen, sagte AK-Präsidentin **Renate Anderl**. Eine Vorschau auf einen heißen Herbst

Von Renate Kromp; Foto: Ricardo Herrgott

Wenn zu Beginn des Schuljahres die Einkaufslisten geschrieben werden, bringt das viele Eltern in Österreich in finanzielle Nöte: Ein Leben mit Schulkindern ist nicht billig, in Zeiten von Distance Learning und Pandemie sind die Kosten für Familien sogar noch einmal gestiegen, zeigt die aktuelle Schulkostenstudie der Arbeiterkammer. Für Laptops, Tablets, Internet gaben Eltern vergangenes Schuljahr

Eltern 1.468 Euro pro Schuljahr und Kind für die Bildung zu. Zum Vergleich: 2016 waren im Schnitt 855 Euro fällig. Der größte Posten damals waren Skikurse, Sprachwochen etc., die im vergangenen Schuljahr kaum stattfinden konnten.

Armut und Bildung

362.000 Kinder leben in Österreich in einem Haushalt, der es sich nicht leisten kann, unerwartete Ausgaben zu tätigen. 127.000 Kinder und Jugendliche werden als

unbeheizten Räumen. Laut Armutskonferenz sind fast ein Viertel aller armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen in diesem Land Kinder unter 17 Jahren. Von in Ein-Eltern-Haushalten lebenden Kindern sind sogar fast die Hälfte armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, Familien mit mindestens drei Kindern zu 32 Prozent.

Dass Bildung vererbt wird, weiß man schon lange, und trotz aller Bekenntnisse ändert sich nur wenig. „Bildung ist immer noch vom Geldbörsel der Eltern abhängig",

erkammer-Präsidentin
Anderl fordert 200 Euro
ahlung pro Kind für
schwache Familien

News 25

Pandemie verschlechterte Lage noch | AK startet Aktion

362.000 Kinder und Jugendliche in Österreich von Armut betroffen

Armut ist nicht weit weg: Rund 362.000 Kinder und Jugendliche leben hierzulande in Haushalten, die es sich nicht leisten können, unerwartete Ausgaben zu tätigen. „Und mit der Krise kamen weitere Schwierigkeiten dazu", macht AK-Sozialpolitik-Experte Norman Wagner anlässlich des heutigen „Tags der Jugend" aufmerksam.

„Kinderarmut hat psychosoziale Folgen für die ganze Familie", erklärt Psychotherapeut Martin Schürz bei der gestrigen Auftaktveranstaltung der AK-Aktion „Armut abschaffen" in Wien: „Das Leben in Armut ist eine Erschwernis, die sich etwa in Angst zeigt, in Beschämung und in Scham."

Allein 105.000 Sprösslinge bzw. deren Eltern sind in Österreich nicht in der Lage, zumindest einmal im Monat Freunde oder einzuladen. Was Nachwuchs bede

betreffend Kindergeburtstagen, Freundschaften schließen und Co. – kann man sich denken. Bei der Ar-

Es ist eine Schande, dass Kinder in Armut aufwachsen müssen. Wege aus der Kinderarmut sind komplex, aber mit dem richtigen Mix erfolgreich beschreitbar.

mutsbekämpfung „müssen viele Zahnräder ineinandergreifen", sagt AK-Experte Norman Wagner. So etwa habe die Wohnsituation Einflus auf die Gesundheit – und Vorausle, Au Arbeits zu sein, Kinder selbst und nic in dene

Auch gegen „gerech angestr chothe

Die näch

DEN ANFANG MACHT DIE KINDERARMUT

AK-Offensive für Armutsbekämpfung

In drei Etappen sucht die Arbeiterkammer (AK) mit Experten nach Lösungen zur Bekämpfung der Armut. „Jeder Euro, der in Armutsbekämpfung investiert wird, ist ein Euro, der eine bessere Zukunft schafft", so AK-Chefin Renate Anderl. In der ersten Runde ging es um Kinderarmut: 362.000 Kinder leben in Österreich in einem Haushalt, der sich keine unerwarteten Ausgaben leisten kann. Die AK legte ein umfassendes Paket vor, das neben Geldleistungen auf Bildungschancen und Unterstützungsangebote setzt.

AK Österreich
@Arbeiterkammer

Wir hätten eine Frage.... Woran erkennt man Kinderarmut?
Antworten gern auch via DM oder an twitter@akwien.at
#AktionArmutAbschaffen

WORAN ERKENNT MAN KINDERARMUT?

#AktionArmutAbschaffen

nachm. · 3. Aug. 2021 · Twitter Web App

Arbeiterkammer-Aktion gegen Kinderarmut

Die Arbeiterkammer hat jetzt die Aktion „Armut abschaffen" gestartet, insbesondere Kinder- und Jugendlich würden unter Armut leiden. Laut AK leben in Österreich 362.000 Kinder in einem Haushalt, der es sich nicht leisten kann, unerwartete Ausgaben zu tätigen. Und 105.000 Kinder beziehungsweise deren Eltern können aus finanziellen Gründen nicht wenigstens einmal im Monat Freunde oder Verwandte einladen. Die wirksamsten Mittel gegen Armut seien gerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen, so die AK. Wenn Eltern genug verdienen, um gut leben zu können, sinkt auch die Kinderarmut. Zudem seien Chancengerechtigkeit im Bildungssystem sowie leicht erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote weitere Forderungen der AK, um Kinderarmut zu bekämpfen.

Diskussion: „Das Leben darf nicht arm machen“

Neunerhaus-Geschäftsführerin Elisabeth Hammer, AK Experte Thomas Ritt, Volksanwalt Bernhard Achitz und die Journalistin Maida Dedagic

Die zweite Diskussion zum Thema „Das Leben darf nicht arm machen“ fand am Montag, den 23. August statt. Unter der Moderation von Puls4-Journalistin Gundula Geiginger diskutierten AK Experte Thomas Ritt, Volksanwalt Bernhard Achitz, Neunerhaus-Geschäftsführerin Elisabeth Hammer und die Journalistin Maida Dedagic.

Eine Folge der Corona-Wirtschaftskrise ist, dass aufgrund von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit viele Menschen ein geringeres Einkommen haben. Die Kosten haben sich nicht reduziert – im Gegenteil. Aufgrund vieler unbezahlter Rechnungen drohen allein in Wien 5.000 Delogierungen. Wie können Menschen aus solchen Armutsfallen wieder hinauskommen, welche Lösungen gibt es?

KEYFINDINGS AUS DER DEBATTE

Die Keyfindings aus der Diskussion im Rahmen der „Aktion: Armut Abschaffen“, an der neben AK Experten Thomas Ritt, Volksanwalt Bernhard Achitz, die Geschäftsführerin vom Neunerhaus Elisabeth Hammer und die Journalistin Maida Dedagic teilnahmen:

„Die Auswirkungen der Pandemie, zunehmende Spekulation und die Klimakrise verstärken den finanziellen Druck gerade auf die, die am wenigsten haben. Wir brauchen in allen diesen Bereichen zielgerichtete Maßnahmen, damit Wohnen nicht in die Armut führt“, sagt AK Experte Thomas Ritt. Wie können Menschen aus solchen Armutsfallen wieder hinauskommen, welche Lösungen gibt es?

Geringverdiener geben 59 Prozent ihres Einkommens fürs Wohnen und Heizen aus, infolge der Arbeitslosigkeit ist bei vielen das Einkommen auf 55 Prozent zurückgegangen. *„Das geht sich dann an allen Ecken und Enden nicht aus“*, sagt Thomas Ritt. Allein in Wien drohen 5.000 Delogierungen.

Jeder Mensch braucht ein Zuhause. „Menschen brauchen ein Zuhause, das leistbar, dauerhaft und inklusiv ist. Das hat die aktuelle Krise für uns alle deutlich gemacht. Um Lebensverhältnisse effektiv zu verbessern, müssen wir Wohnen, Gesundheit und Soziales allerdings noch mehr als bisher zusammendenken. Armut abzuschaffen heißt in besonderer Weise auch Zugänge zu schaffen: zu leistbarem Wohnen ebenso wie zu sozialer Beratung, Existenzsicherung und Arbeitsmarkt sowie gesundheitlichen Angeboten“, sagt Elisabeth Hammer, Geschäftsführerin vom Neunerhaus.

Delogierungen sind sozial und volkswirtschaftlich das Schlimmste – durch eine Delogierung bei Mietrückständen von 2.500 Euro ergeben sich Folgekosten von 30.900 Euro. In den fünf Jahren nach der Finanzkrise stieg die Zahl der Obdachlosen um ein Drittel.

Der private Wohnungsmarkt ist durch Spekulation kaputt gemacht worden, auch die Zahl der Befristungen ist ein Problem.

„Jede neue Regierung hat sich eine Reform des Mietrechts vorgenommen und ist daran gescheitert. Mit jeder Nicht-Reform ist leistbares Wohnen für die Menschen nur zu einer noch größeren Herausforderung geworden“, sagt die Journalistin Maida Dedagic. *„Der Bundeskanzler hat sich zuletzt einmal 2017 zu dem Thema Wohnen geäußert, als er sagte, für junge Menschen sei Eigentum die beste Maßnahme gegen Altersarmut. Seitdem ist im Bereich Wohnen nichts passiert, außer dass die Eigentumspreise sowie die Mieten nur noch teurer geworden sind.*“

Der öffentliche Raum muss gerechter verteilt werden. Auch hier hat die Pandemie etwas deutlicher sichtbar gemacht: Wer genug Mittel hat und ein Zweithaus im Altaussee, eine südseitige Dachterrasse oder ein Einfamilienhaus mit Garten sein Eigen nennt, war im Lockdown deutlich besser daran und deutlich weniger auf den öffentlichen Raum angewiesen als Menschen mit kleinen Mietwohnungen. Zudem ist der öffentliche Raum zunehmend durch Privatisierung und geschäftliche Begehrlichkeiten bedroht. Dabei brauchen mehr, frei benutzbaren und besser gestalteten öffentlichen Raum.

Es braucht eine bessere Unterstützung für Menschen in Not: Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde durch die Sozialhilfe ersetzt. So hat es der Bund beschlossen, aber noch nicht alle Länder haben diese Vorgaben umgesetzt, die zu massiven Kürzungen für armutsgefährdete Menschen führen. Volksanwalt Bernhard Achitz: „Die Kritik der Volksanwaltschaft an der unklaren Rechtslage wurde von der Politik teilweise so dargestellt, als ob die Volksanwaltschaft kritisiert hätte, dass etwa in Wien die Leistungen zu hoch sind. Denn in Wien sind die Regelungen für die Betroffenen in einigen Punkten deutlich besser als im Bundesgesetz vorgesehen – und somit effizienter in der Armutsbekämpfung. Es braucht eine politische Einigung, die Rechtssicherheit für Betroffene herstellt und Armut verhindert. Erfreulicherweise will auch das zuständige Regierungsmitglied, Sozialminister Wolfgang Mückstein, eine Reparatur des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes mit mehr Spielraum für die Länder. Langfristig müssen soziale Grundrechte in die Verfassung, dann wären Meilensteine wie die Mindestsicherung besser abgesichert.“

Das Arbeitslosengeld in der jetzigen Form macht arm: Daher ist eine Erhöhung von derzeit 55 Prozent auf 70 Prozent notwendig.

Thema leistbares Wohnen · Drohende Delogierungen · Welche Lösungen es jetzt braucht · Experte der Arbeiterkammer:

„Billige Mieten nicht von allen Parteien gewollt“

Geringverdiener geben 59 Prozent ihres Einkommens für Wohnen und Heizen aus, rechnet die Arbeiterkammer vor. Alleine in Wien drohen jetzt 5000 Delogierungen. Im Rahmen der AK-Aktion „Armut abschaffen“ haben Experten diskutiert, welche Lösungen es braucht, damit Wohnen nicht in die Armut führt.

Die zunehmende Wohnraumproblematik trifft jene, die ohnehin am wenigsten haben. Bei vielen Menschen ist ke m ke all au pe de rit rü er ru 30 Ex si de

lich das Schlimmste.“ Volksanwalt Bernhard Achitz fordert, dass die durch Türkis-Blau gekürzten Sozialhilfe- epariert sollen wie das ranken- Verfas- werden, abzusi- treffen. , ob wir terstüt- chämen it Res- nt Neu- lisabeth

Neunerhaus-Chefin Hammer, AK-Experte Ritt, Moderatorin Geiginger, Volksanwalt Achitz und „Krone“-Journalistin Dedagic

die nicht gerade eine Terrasse oder einen Garten haben, muss zudem der öffentliche Raum gerechter verteilt werden – weg von Verbau und Privatisierung. Der Zustand des Wohnungsmarktes gibt

explodiert, Eigentum ist unleistbar, wenn man nicht gerade geerbt hat, Spekulation setzt dem Wohnungsmarkt zu, befristete Mietverträge sind gestiegen, Neubauten unterliegen keinerlei Regu-

des Mietrechts vorgenommen und ist daran gescheitert“, sagt „Krone“-Journalistin Maida Dedagic. AK-Experte Ritt gibt zu bedenken: „Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass

Es geht auch darum, ob wir Menschen, die Hilfe brauchen, beschämen oder ob wir ihnen mit Respekt begegnen.

Wenn das Geld nicht mehr für das Wohnen reicht

AK befürchtet 5000 Delogierungen in Wien

Wien – Durch die Corona-Krise ist Wohnen in den Fokus gerückt. Zumindest die, die ein Zuhause hatten, waren plötzlich mehr daheim. Angesichts von Jobverlust oder Kurzarbeit wird es bei vielen mit der Miete nun aber eng. Die Arbeiterkammer (AK) geht in Wien von 5000 drohenden Delogierungen aus.

Zwar sind hier die Wohnkosten im internationalen Vergleich immer noch niedrig, „aber das gilt nicht für alle“, betonte AK-Wohnexperte Thomas Ritt bei einer virtuellen Podiumsdiskussion zum Thema Armut. Menschen mit niedrigem Einkommen geben im Schnitt 44 Prozent für das Wohnen aus, mit Heizkosten sind es fast 60. Erschwerend kommen die auf wenige Jahre befristeten Mietverträge hinzu, die am Wohnungsmarkt mittlerweile fast Standard sind. Doch Delogierungen seien nicht nur sozial schlecht, sondern auch volkswirtschaftlich, betonte Ritt. Wohnschulden von 2500 Euro würden im Endeffekt Kosten für die Allgemeinheit von fast 30.000 Euro gegenüberstehen. Die aus dem Wohnungsverlust oft resultierende Obdachlosigkeit ist für Neunerhaus-Geschäftsführerin Elisabeth Hammer die „schärfste Form der Armut“. Um diese zu vermeiden, wurde erst vor wenigen Tagen das Projekt „Zu Hause ankom gestellt, bei dem mit Unte des Sozialministeriums dachlose auf dem Weg i meinnützigen Wohnbau u werden sollen. Finanziell, durch Sozialarbeiter.

Run aufs Betongold

Eine große Hürde sei fü Finanzierungsbeitrag. Vie nicht wissen, dass sie die teils wieder zurückbe Auch das Wiener Wohnt dem man an eine Geme nung kommt, bleibe vi wehrt, weil sie nicht wisse dafür zwei Jahre am selb sitz gemeldet sein müsse

Während sich die einen nen nicht mehr leisten kö vestieren andere ins Bet Wien wurden zuletzt vie befindliche Wohnhäuser a tionale Investoren verk Run auf die Assetklasse Preise. „Und wir haben la Vermutung, dass die Wohnungen leer stehen werden“, sagte Ritt. (zof)

Eine Welt ohne Obdachlosigkeit: Wohnen als Menschenrecht

30. August 2021

Union ohne Obdach. Eine hohe Zahl auf
s noch 70 Prozent weniger. Die EU will
nen.

früher, das wurde statistisch festgestellt.
der EU bittere Realität. Eine

AK Österreich
@Arbeiterkammer

Wir hätten wieder eine Frage.... Wann ist jemand in Österreich arm?
Antworten gern auch via DM oder an twitter@akwien.at
#AktionArmutAbschaffen

2:39 nachm. · 16. Aug. 2021 · Twitter Web App

Diskussion: „Arbeitslosigkeit: Armut ist nicht zumutbar“

AK Expertin Silvia Hofbauer, Wifo Experte Helmut Mahringer, Moderatorin Gundula Geiginger, Gudrun Höfner, Prokuristin von It-works, einem gemeinnützigen Träger im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Journalistin Verena Kainrath

Diskussion zum Nachschauen

Diskussion am 8.9.

Arbeitsminister Martin Kocher hat eine Reform der Arbeitslosenversicherung angekündigt. Was muss diese Reform berücksichtigen, damit Arbeitslosigkeit nicht zur Armutsfalle wird? Was ist wichtig, damit Arbeitssuchende möglichst gut vermittelt werden und nicht Stellen annehmen müssen, die ganz und gar nicht ihrer Qualifikation entsprechen, schlechte Arbeitsbedingungen bieten und mit deutlichen Gehaltseinbußen verbunden sind? Was benötigen Langzeitarbeitslose, damit sie den Einstieg in den Arbeitsmarkt wieder schaffen und ihre Kinder nicht unter Armut leiden?

KEYFINDINGS AUS DER DEBATTE

Die Keyfindings aus der Diskussion im Rahmen der „Aktion: Armut Abschaffen“, an der neben AK Expertin Silvia Hofbauer, Wifo Experte Helmut Mahringer, Gudrun Höfner, Prokuristin von It-works, einem gemeinnützigen Träger im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Journalistin Verena Kainrath teilnahmen:

- Das Arbeitslosengeld in der derzeitigen Form führt zu Armut. 82 Prozent der Arbeitslosen kommen mit dem Einkommen gerade noch aus, bei Langzeitarbeitslosen sind es 94 Prozent, zeigt der Arbeitsklimaindex. Das heißt, dass normale Ausgaben wie Miete schon ein Problem darstellen. Kommen Extra-Ausgaben dazu – von einer kaputten Waschmaschine bis hin zu einer Schulveranstaltung – führt das in den betroffenen Familien zu dramatischen Situationen. Daher fordert die AK neben der Erhöhung der Nettoersatzrate auf 70 Prozent, dass der Familienzuschlag, der nur 97 Cent täglich beträgt und seit Jänner 2001 (!) nicht mehr angepasst wurde, erhöht wird.

- Derzeit ist die Arbeitslosenversicherung in einigen Punkten ungerecht gestaltet. Für Unternehmen ist es beispielsweise einfach, bei Auftragsschwankungen MitarbeiterInnen, für die kurzfristig kein Bedarf besteht, beim AMS zu „parken“. Wenn jemand hingegen selbst kündigt, bekommt er oder sie in den ersten Wochen keine Leistungen aus der Versicherung. Hier gilt es, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

- Ein besserer Vermittlungsprozess braucht mehr Beschäftigte fürs AMS. Studien und ein Feldversuch des Wifo zeigen, dass mehr Personal bessere Betreuung und die schnellere Wiederaufnahme von Arbeit bedeuten.

- Die größte Gefahr ist, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt. Die meisten Menschen finden schnell eine Stelle, aber in Zeiten großer Arbeitslosigkeit sind es vor allem Menschen mit ungünstigeren Chancen (etwa Ältere oder mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen) die keine Möglichkeit mehr bekommen. Für diese Gruppe wären spezielle Unterstützungen – etwa eine Jobgarantie – hilfreich.

- Hoher Druck auf Arbeitssuchende führt dazu, dass Arbeitssuchende jede Stelle annehmen, egal, ob sie ihrer Qualifikation und dem früheren Lohnniveau entspricht. Dies könnte dazu führen, dass der Niedriglohnsektor massiv wächst – während auf der anderen Seite Fachkräfte fehlen. Diese Entwicklung wäre für den Wirtschaftsstandort schädlich. Daher braucht es eine Weiterentwicklung der Zumutbarkeitsbestimmungen, damit Kompetenzen und Lohnniveau erhalten werden.

- Geringfügige Beschäftigung kann für Arbeitslose eine Brücke in einen neuen Job sein, wichtig ist, zu versuchen, aus geringfügiger Beschäftigung rasch vollversicherungspflichtige Beschäftigung zu machen. Unternehmen, die viele geringfügig Beschäftigte haben, gehören zudem besser kontrolliert.

- Wenn ein degressives Arbeitslosengeldmodell überlegt wird, das versucht, mit einer schrittweisen Senkung der Unterstützung Anreize zu bieten, um Jobs anzunehmen, dann muss auch bedacht werden, dass die meisten Menschen, die arbeitslos werden, ohnehin relativ rasch einen Job finden. Ein degressives Arbeitslosengeldmodell würde daher jene unterstützen, die rasch einen Job finden, aber Langzeitarbeitslose verstärkt in Armut drängen. Der mit einem degressiven Arbeitslosengeld verbundene steigende finanzielle Druck auf Arbeitslose bringt nicht mehr Arbeitsaufnahmen. Mehr Arbeitsaufnahmen bringt eine enge und gute Betreuung bei der Jobsuche durch das AMS, das dafür mehr Personal braucht.

- Wichtig ist es, evidenzbasiert gemeinsam Lösungen zu suchen, damit Arbeitslosigkeit vor Armut schützt, der Wiedereinstieg gut gestaltet wird und Chancen bietet. Das österreichische Arbeitsmarktsystem ist nicht völlig unerfolgreich, wenn man es im internationalen Vergleich ansieht, man muss nicht alles neu machen. Was besonders wirksam ist, ist die Beratung und Vermittlung durch das AMS zu verstärken. Es gibt kein Patentrezept, daher macht auch eine Einzelmaßnahme keinen Sinn, man muss immer das Zusammenwirken berücksichtigen.

Zuverdienst kann Brücke oder eine Sackgasse sein

Die Arbeitsmarktreform gestaltet sich als komplexe Herausforderung – auch weil die gleichen Maßnahmen unterschiedliche Effekte haben.

Wien, Innsbruck – Die Arbeitslosenunterstützung soll reformiert werden. Bei der Frage nach dem Wie gehen aber seit Tagen die Wogen hoch. Während viele Stimmen aus Wirtschaft und Industrie etwa für ein Ende der Zuverdienstmöglichkeit plädieren, warnen die Gewerkschaften vor einem Billiglohnsektor durch die Hintertür. Die Lösungen seien insgesamt nicht einfach, hieß es gestern auch bei einer Diskussion der Arbeiterkammer in Wien – denn: Jeder Betroffene reagiere anders auf die Situation. Die gleiche Maßnahme könne also zu unterschiedlichen Reaktionen führen. In Summe aber sei der Zuverdienst für die meisten eher ein Hemmnis, sagte Wifo-Experte Helmut Mahringer gestern.

Wie kann es gelingen, arbeitslose Menschen wieder einzugliedern? Die geplante Arbeitsmarktreform sorgt Tagen für Diskussionen – Lösungen sind dabei noch keine in Sicht. Foto: Thomas

Ein Problem sei, dass geringfügige Einkommen – unter 475 Euro pro Monat – von Sozialversicherung und Steuer befreit sind, also praktisch netto für brutto ausbezahlt werden. Kommt man hingegen über das Limit, wird das gesamte Einkommen der Sozialversicherung unterworfen. Wer das einarbeiten wolle, müsse mehr arbeiten. Das sei „nicht integrationsfördernd", so Mahringer. Auch Gudrun Höfner, Prokuristin von It-works, einer gemeinnützigen Arbeitslosenvermittlung, sieht den Zuverdienst kritisch. Solche Jobs würden oft Flexibilität der Arbe

was Berat

bungsgesp

Auf der a

ben Mensch

fügigen Tätigkeit mit einem Fuß in der Arbeitswelt. Diese Möglichkeit und damit den Anreiz zur Eigenaktivität zu streichen, wäre „aus psychologischer Sicht absolut fatal", sagt Arbeitspsychologe Jürgen Glaser von der Uni Innsbruck auf *TT*-Anfrage.

Vielmehr empfiehlt er, die psychologischen Kompetenzen der Arbeitsvermittler zu stärken und Angebote zu individualisieren, anstatt „sie wie von der Stange über alle Menschen zu stülpen und an der Sanktionsschraube zu drehen". Denn zu den finanziellen

handeln, so Glaser. Laut einer aktuellen Studie des Momentum Instituts ist nämlich nur jeder achte Betroffene freiwillig arbeitslos (und kommt in der Regel aus besser bezahlten Jobs). Die ganz große Mehrheit mache es sich entgegen vielen Vorurteilen nicht in der sozialen Hängematte gemütlich. „Es gibt gut belegte Theorien, dass der Mensch das Bedürfnis hat, Kompetenzen zu erlernen, autonom zu sein und einen Platz in der Gesellschaft zu haben", sagt Glaser.

Die öffentliche Stigmatisierung von Arbeitslosen rüh-

und damit auch beruflich

Möglichkeiten", so Glaser.

Wie kann es also weiterg

hen? Die Reform müsse d

Ziele berücksichtigen, sag

AK-Expertin Silvia Hofba

er: Arbeitslosenunterstützu

müsse vor Armut schützen,

müsse zu einer fairen Behan

lung der Betroffenen führ

und sie müsse diese beim W

dereinstieg in das Berufsleb

gut unterstützen.

Ein Ende des Zuverdien

tes sieht Glaser aber nicht

Weg. Mahringer plädierte

einen „Mix" an Maßnahm

aus Beratung bis Motivati

von Qualifikationsverbess

rungen bis zur Anpassung d

Zumutbarkeitsbestimmung

– obwohl die bereits durc

aus streng seien. *(APA, ah)*

Mehr Arbeitslose durch degressives Arbeitslosengeld?

Kurzzeit-Arbeitslosigkeit könnte zunehmen

Arbeitsmarktreform. Die geplante Reform des Arbeitslosengeldes müsse aus einem ganzen Mix an Maßnahmen bestehen, um mögliche negative Folgen für Arbeitsmarkt und Staatskasse zu verhindern. Nur mit Einzelaktionen werde das nicht funktionieren, warnte WIFO-Arbeitsmarktexperte Helmut Mahringer am Dienstag bei einer Podiumsdiskussion der Arbeiterkammer zum Thema „Arbeitslosigkeit: Armut ist nicht zumutbar".

Mahringer verwies dabei auf die Tücken des diskutierten degressiven Arbeitslosengeldes, also mehr Geld zu Beginn und dafür später weniger. Wenn zu Beginn deutlich mehr gezahlt werde, könnte dies mehr und nicht weniger Arbeitslose bringen. „Die kurzfristige Arbeitslosigkeit könnte sich erhöhen, weil Firmen mehr auf Kurzzeitbeschäftigung setzen", so Mahringer. Sprich: Die Hemm-

Wochen, „beim AMS zwischenparken" und dann wieder aufnehmen. „Das ist mittlerweile geübte Praxis und passiert ganz sanktionslos". Arbeitnehmer hingegen müssten bei einer Selbstkündigung vier Wochen auf das Arbeitslosengeld

braucht es mehr

Höhere Sozial

Ein höheres Arb

zu Beginn – im G

70 Prozent des L

bei anschließen

senkung könnte

als das bisherige

den. Laut Mahr

bei einer „scha

sion" die öffen

mit Sozialhilfe u

cherung gegenst

Langzeitarbeitsl

unter die Armu

len. Schon jetzt

zent der Arbei

Mindestsicheru

Es sei auch n

tig, wenn Langz

„Kann Arbeit wirklich eine Zumutung sein?", fragte Wolfgang Mazal vor zwei Wochen an dieser Stelle. Unter Umständen ja, antwortet Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl. Eine Replik.

Armut ist unzumutbar. Manche Jobs auch

Die Pandemie hat viele Probleme sichtbarer gemacht. Etwa Ungleichheiten im Bildungssystem: Manche Kinder haben zuhause jede Unterstützung bekommen, andere nicht – mit Folgen für Bildungserfolg und Berufschancen. Es gab auch Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen: Letztere haben in der Krise Arbeit, Homeschooling, Homeoffice, Haushalt und Pflege von Angehörigen geschultert. Ein enormes Problem ist weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem die auf Rekordhöhe gestiegene Langzeitarbeitslosigkeit und die dadurch steigende Armut. Manche sehen hier in schärferen Zumutbarkeitsbestimmungen einen Ausweg. Damit wird unterstellt, dass Arbeitslosigkeit ein individuelles Verschulden ist. Mehr finanzieller Druck, mehr Disziplinierung – und schon ist das Problem gelöst. Dabei wird übersehen, dass es weit mehr Arbeitsuchende als offene Stellen gibt – und dass viel zu viele Unternehmen älteren Arbeitsuchenden, solchen mit gesundheitlichen Problemen oder familiären Betreuungspflichten keine Chance geben. So Schwarz und Weiß ist die Welt eben nicht.

Arbeitsstiftungen als Schlüssel

Derzeit ist fast jede zweite arbeitsuchende Person langzeitarbeitslos. Das ist alarmierend und mit ein Grund dafür, warum das Vermitteln gerade so schwierig ist: weil Unternehmen viel zu wenige Langzeitarbeitslose beschäftigen, selbst wenn diese gefördert werden. Ein Schlüssel lautet Qualifizierung, hier liegen viele Vorschläge auf dem Tisch. Von den Sozialpartnern organisierte Arbeitsstiftungen – wie beim EU-Beitritt Österreichs – sind am besten geeignet, für Fachkräfte im ökologischen Wandel, in Pflege oder Digitalisierung zu sorgen.

Arbeitsstiftungen ermöglichen nicht nur

Krise zu leisten und die Menschen im Strukturwandel optimal zu unterstützen.

Mehr als ein Drittel aller neuen Arbeitslosen stammen aus dem Tourismus. Arbeitsuchende in Branchen mit schlechten Aussichten wie dem Tourismus müssen in solche mit guten Aussichten umgeschult werden. Die gibt es: in Pflege und Gesundheit, Klima und Digitalisierung, Bildung und Technik. Wie viele dieser sozialen, grünen und technikorientierten Jobs entstehen, hat auch die Regierung in der Hand. Sie muss eine Investitionsoffensive starten, welche die sozial-ökologische Transformation vorantreibt und private Investitio-

DIESSEITS VON GUT UND BÖSE

Von Renate Anderl

„Es gibt viel mehr Arbeitsuchende als offene Stellen. Und viele Unternehmen geben Älteren keine Chance."

nen anstößt. Vor allem Arbeitsstiftungen im Bereich Pflege und Umwelt sind notwendig, damit qualifizierte Mitarbeiter(innen) für diese Branchen leichter zu finden sind.

Ein weiterer, wesentlicher Schlüssel ist die bessere Vermittlung arbeitsuchender Men-

maximal 800 Euro Arbeitslosengeld im Monat. ATX-Manager haben im Jahr 2020 übrigens im Schnitt rund 1,9 Millionen Euro an Gagen erhalten. Das ist trotz größter Wirtschaftskrise der zweiten Republik der zweithöchste Wert seit Beginn dieser AK-Erhebung. Und es ist das 57-fache eines mittleren Einkommens.

Dennoch wird Arbeitsuchenden unterstellt, dass sie viele Tätigkeiten unzumutbar finden und dass daher die Bestimmungen strenger werden müssen; dass sie bei Entfernung, früherer Qualifikation hrw. Einkommen flexibler sein sollen. Erinnern Sie sich an die Bäcker, die mangelndes Personal beklagt haben? In der Arbeiterkammer waren viele Mitarbeiter(innen) von Bäckern vorstellig, weil Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Einkommen nicht einmal die kollektivvertraglichen oder gesetzlichen Vorgaben erfüllt hatten.

Überregional vermitteln – wenn es passt

Es spricht an sich nichts dagegen, Arbeitsuchende auch überregional zu vermitteln wenn die Rahmenbedingungen passen. Das ist derzeit schon möglich – und die Möglichkeiten, dies abzulehnen, sind auch derzeit schon sehr eingeschränkt. Hinzu kommt, dass es aus Sicht der AK nicht nur darum gehen kann, Arbeitsuchende schnellstmöglich in neue Jobs zu vermitteln. Vielmehr muss eine Arbeitsvermittlung darauf achten, dass Arbeitnehmer(innen) bei Einkommen und Arbeitsbedingungen nach der Arbeitslosigkeit wieder einigermaßen dort anschließen können, wo sie vorher waren. Das ist auch in einer gesamthaften Betrachtung sinnvoll, denn das bedeutet, dass die beruflichen Qualifikationen der Menschen erhalten bleiben.

Wir stehen jederzeit für Diskussionen darüber bereit, wie man die Arbeitslosigkeit senken kann und wie man im Strukturwandel zu ausreichend und gut qualifizierten Fachkräften

bel. Das

nehmen

so ihren

n gehen.

Schwierige Suche nach Wegen zurück in den Arbeitsmarkt

Stufenweise sinkendes Arbeitslosengeld und weniger Zuverdienst stehen auf dem Prüfstand: Droht eine neue Armutsspirale?

Wien – Ist es angesichts des Höchststands an offenen Stellen zu leicht, lange ohne Job zu sein? Was bremst den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt? Wie lässt sich verhindern, dass Arbeitslosigkeit zur Armutsfalle wird? Österreichs Regierung will die Arbeitslosenunterstützung reformieren. Eine der größten Herausforderungen dabei ist es, wachsende Langzeitarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Diese habe sich im Zuge der Corona-Krise verfestigt, da vielen Menschen, die ihre Beschäftigung schon zuvor verloren, neue Jobs verwehrt blieben, sagte Wifo-Experte Helmut

sieht Vorteile der Gelegenheitsjobs für Langzeitarbeitslose überwiegen. Für jüngere Arbeitslose seien diese in Summe aber mehr Hemmnis als Sprungbrett bei der Stellensuche.

Gudrun Höfner, Prokuristin von It-works, einer gemeinnützigen Arbeitslosenvermittlung, erlebt einen Zuverdienst bei der Jobvermittlung als hinderlich, denn er zeichne ein falsches Bild des erreichbaren Nettoeinkommens. Zudem ließen sich geringfügige Jobs schwer planen, sagt sie. Für die meisten Arbeitssuchenden sei Arbeitstraining sinnvoller.

Vor- wie Nachteile skizzierte Mahringer auch bei der angedachten stu-

unterbrechen. Zum anderen finde das Gros der Arbeitslosen neue Stellen, noch ehe die Degression schlagend werde, betont der Wirtschaftsforscher. Bei langfristiger Arbeitslosigkeit wiederum müsse der Fokus darauf gelegt werden, überhaupt an Jobs zu kommen, die Rücksicht auf höheres Alter und gesundheitliche Beeinträchtigungen nehmen.

Die Politik müsse sich fragen, ob es wirklich gewollt sei, diese Menschen schlechterzustellen. Nicht zuletzt sei es Aufgabe des Arbeitslosengeldes, vor Armut zu schützen.

„Keine Schutzfunktion"

Die Politik

dieses sei-

82 Prozent

n damit den

oder nicht

rbeitslosen

4 Prozent.

rbeitgeber,

die auf schwankende Aufträge reagieren, indem sie Mitarbeiter für einige Wochen in die Arbeitslosigkeit schicken. „Das ist gelebte Praxis und bleibt sanktionslos."

Hofbauer appelliert daran, das Arbeitslosengeld von derzeit 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens auf 70 Prozent zu erhöhen. Der Famili-

enzuschlag von 97 Cent pro Tag sei seit Jahren nicht an die Inflation angepasst worden und gehöre dringend erhöht. Darüber hinaus dürften Arbeitnehmer nicht finanziell bestraft werden, wenn sie zur Überbrückung schlechter bezahlte Jobs annehmen. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld dürfe deswegen nicht sinken. (vk)

Geringfügigkeit als Hürde?

Zuverdienstmöglichkeiten können bei der Jobsuche bremsen. Langzeitarbeitslosigkeit wurde durch Corona verstärkt.

Obwohl derzeit die Arbeitslosenzahlen weiter sinken, kommt die Diskussion über die Arbeitslosigkeit nicht zur Ruhe. Zuletzt forderte AMS-Chef Johannes Kopf das Ende des Zuverdienstes für Arbeitslose, Arbeitsminister Martin Kocher bekräftigte das später mit einer Ankündigung, die Arbeitslosenversicherung reformieren zu wollen. In einer Diskussionsrunde der Arbeiterkammer (AK) wurde die angekündigte Reform von Expertinnen und Experten bewertet.

Langzeitarbeitslosigkeit als Problem

Die Corona-Krise hat viele Probleme aufgezeigt und diese noch zusätzlich verschärft – besonders am Arbeitsmarkt. Wer während der Pandemie seinen Job verloren hat und gleichzeitig niedrige Qualifizierungen vorzuweisen hat, dem fiel es besonders schwer, wieder ins Berufsleben zu finden, da es insgesamt weniger Stellen gab. Die schlechter qualifizierten Menschen sind somit eher aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen, so der Arbeitsmarktexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) Helmut Mahringer. Noch schwerer war es für Menschen, die vor der Pandemie arbeitslos wurden. „Diese Menschen schlitterten durch die Corona-Pandemie in die Langzeitarbeitslosigkeit", sagt Mahringer. Im August waren 75.014 Menschen langzeitarbeitslos, das sind 14,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

Experten begrüßen eine Reform des Arbeitslosengeldes. Es brauche aber mehr Schulungen und Unterstützung bei der Jobsuche. Foto: apa / Barbara Gindl

Ein Weg zurück in die Arbeitswelt kann ein Job in einer prekären Situation sein. Diese sind oft schlecht bezahlt und die Arbeitsbedingen miserabel. Die Annahme solcher Jobs führt laut Gudrun Höfner, Prokuristin der gemeinnützigen Arbeitslosenvermittlung It-Works, zu keiner Lösung: „Wenn diese Menschen, einen solchen Job annehmen, besteht die Gefahr, dass sie bei einer Kündigung mit ihrem Gehalt noch weiter nach unten rutschen. Diese Situation macht Angst." Die AK-Expertin Silvia Hofbauer fordert daher einen klaren Berufs- und Gehaltsschutz, damit das Einkommen nicht sinkt, wenn man die angebotene Stelle annimmt .

Zuverdienst eher hinderlich

Nach der Forderung von AMS-Chef Kopf, die Zuverdienstmöglichkeit für Arbeitslose zu beenden, zeigten sich die Experten ebenfalls skeptisch, was eine geringfügige Anstellung anbelangt. Gudrun Höfner beurteilt den Zuverdienst als eher hinderlich für die Jobsuche. „Mit geringfügigen Jobs wird ein falsches Bild von einem Einkommen vermittelt", so Höfner. Sie plädiert für ein Arbeitstraining anstatt einer geringfügigen Anstellung während der Arbeitslosigkeit. Wifo-Experte Mahringer findet, dass ein Zuverdienst „Brücke und Sackgasse" zugleich sein kann. In Österreich liegt die Geringfügigkeitsgrenze bei 475 Euro im Monat. Diese sind von Sozialversicherung und Steuer befreit. Wenn man über diese Grenze kommt, wird das gesamte Einkommen sozialversicherungspflichtig. „Wer das einarbeiten will, müsse deutlich mehr arbeiten. Das ist nicht integrationsfördernd" so Mahringer.

Bezüglich der derzeitigen De-

batte um ein degressives Arbeitslosengeld, wo man zu Beginn der Arbeitslosigkeit mehr und im Laufe der Zeit weniger bekommt, sieht der Wifo-Experte mögliche Benachteiligungen für gewisse Gruppen. Es sei nicht die Motivation, sondern häufiger der Mangel

an geeigne

wie Faktore

sundheit fü

verantwortl

politisch be

Gruppen s

so Mahrin

Beratung u

gen soll es

Arbeitssuch

Job finden.

Für AK-E

er sind bei

wichtig: D

stützung m

zen, zu ein

führen und

in das Ber

Für Letztere

ne Verhalt

beitgeber. „

sie oft keine

sie Kinder

sind sie da

sagt Hofba

gen Arbeit

ebenfalls

fordert ein

70 statt 55

trägt der

Cent pro T

Jahren nich

er. ||

WAS MUSS JETZT GESCHEHEN?

Was eine moderne Arbeitslosenversicherung braucht

Arbeitsminister Kocher hat eine Reform der Arbeitslosenversicherung angekündigt. Bis zum Frühjahr 2022 sollen Vorschläge unter Einbeziehung der Sozialpartner erarbeitet werden, die dann mit Beginn des Jahres 2023 in Kraft treten sollen.

Eine Erneuerung der Arbeitslosenversicherung ist notwendig, allerdings sind Verschärfungen und Verschlechterungen nicht geeignet, um dem Problem der Arbeitslosigkeit in einer sich verändernden Arbeitswelt zu begegnen. Vielmehr braucht es neue Lösungsansätze, die Arbeitsuchende besser beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt unterstützen. Die bestehenden Regelungen der Arbeitslosenversicherung erfüllen dieses Ziel derzeit nicht.

Die Arbeitslosenversicherung muss Arbeitslose vor dem sozialen Abstieg und vor Armut besser schützen. Sowohl eine Sonderauswertung des Arbeitsklima-Index als auch eine aktuelle SORA Studie haben die Situation der Arbeitslosen in der heutigen Zeit – geprägt von der Corona-Pandemie – untersucht. Beide Untersuchungen haben bestätigt, dass der Großteil der Arbeitslosen mit dem Arbeitslosengeld kaum auskommt. Das Problem verstärkt sich umso mehr während des Bezuges der Notstandshilfe. Im Schnitt betrug das Arbeitslosengeld in Österreich im Jahr 2020 rund 990 Euro. Die Notstandshilfe lag bundesweit bei etwa 870 Euro. Bei Frauen ist es nochmals deutlich weniger. Die Anhebung der Nettoersatzrate wäre daher der wichtigste Schritt, darüber hinaus gibt es noch weitere Hebel, an denen angesetzt werden muss, vor allem bei den Familienzuschlägen, die seit 2001 nicht mehr erhöht wurden. Genauso muss der Wiedereinstieg auch besser finanziell durch eine Ausweitung der Heranziehung der alten, höheren Bemessungsgrundlage für weitere Arbeitslosigkeitsperioden, abgefedert werden.

Es braucht außerdem mehr Fairness in der Arbeitslosenversicherung, ein Abgehen vom oft tiefem Misstrauen gegenüber arbeitslosen Menschen ist längst überfällig. Viele Regelungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz sind von diesem Misstrauen geprägt. So zum Beispiel die vierwöchige Sperre des Arbeitslosengeldes nach einer Kündigung von ArbeitnehmerInnen.

Regelungen oder Maßnahmen, die Unternehmen, die möglichst viele Kosten auf die Versichertengemeinschaft abwälzen, finden sich in der Arbeitslosenversicherung nicht. Das Zwischenparken von ArbeitnehmerInnen oder das Führen von Geschäftszweigen nahezu ausschließlich mit geringfügigen MitarbeiterInnen bieten Ansatzpunkte für Veränderungen, die für einen Ausgleich der entstehenden Kosten sorgen können.

Bei der geplanten Reform der Arbeitslosenversicherung muss die Regierung insbesondere folgende Punkte umsetzen:

- Besserer Schutz vor Armut vor allem durch Anhebung der Nettoersatzrate auf 70 Prozent, Erhöhung des Familienzuschlages sowie einer Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld, aber auch Verbesserungen beim Bemessungsgrundlagenschutz.

- Zeitgemäße Regeln für die öffentliche Arbeitsvermittlung: Zumutbarkeitsbestimmungen, die die öffentliche Arbeitsvermittlung durch das AMS an Regeln binden, die einen nachhaltigen beruflichen Abstieg bei Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt verhindern. Das bedeutet vor allem Verbesserungen beim Berufsschutz und beim Entgeltschutz und abgestufte Sanktionen statt sofortigem gänzlichem Leistungsentfall sowie Vermittlung ausschließlich in existenzsichernde Beschäftigung. Das erfordert deutlich mehr Personal im AMS, um diese Ziele zu erreichen.

- Unterstützung bei der Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels: durch einen Rechtsanspruch auf sozial gut abgesicherte und umfassende arbeitsmarktbezogene Aus- und Weiterbildung mit einer eigenständigen Wahl des Ausbildungsinhaltes auf Grundlage einer Bildungsberatung für Arbeitsuchende und Beschäftigte.

- Mehr Fairness in der Arbeitslosenversicherung: Abschaffung der Sperre nach Selbstkündigung und wirkungsvolle Maßnahmen gegen die systematische Praxis von Unternehmen MitarbeiterInnen zu kündigen und kurz danach wieder einzustellen um Auftragsschwankungen abzufedern.

AK Kinderarmutspaket

AK-PAKET ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT

Die finanzielle Lage der Familie darf niemals der Grund sein, dass Kinder keine Chancen im Leben bekommen. Trotzdem leben in Österreich 362.000 Kinder in einem Haushalt, der es sich nicht leisten kann, unerwartete Ausgaben zu tätigen, 105.000 Kinder bzw. deren Eltern können aus finanziellen Gründen nicht wenigstens einmal im Monat FreundInnen oder Verwandte einladen. Besonders erschwerend in Zeiten des Home-Schooling ist die Tatsache, dass 65.000 Kinder in Haushalten leben, die sich keinen PC leisten können.

Bei der Armutsbekämpfung greifen viele Zahnräder ineinander. So hat etwa die Wohnsituation Einfluss auf die Gesundheit und Gesundheit ist wiederum eine Voraussetzung, um in Schule, Ausbildung oder am Arbeitsplatz leistungsfähig zu sein. Um Armut erfolgreich zu bekämpfen, muss also an vielen Schrauben gleichzeitig gedreht werden. Wichtig ist, dass die Kinder und Jugendlichen selbst unterstützt werden und nicht nur die Haushalte, in denen sie leben.
Die Voraussetzung, Chancen überhaupt ergreifen zu können, gibt es nur, wenn die materiellen Grundbedürfnisse gesichert sind. Unabhängig von der finanziellen Lage des jeweiligen Haushalts muss jedes Kind und jede/r Jugendliche Teilhabe an Bildung, Freizeit und Gesundheit haben. Finanziert muss das über ein gerechtes Steuersystem werden.

Die COVID-19-Krise hat die Situation in vielen Familien verschärft, etwa, weil notwendige Ressourcen, wie Laptops oder eine stabile Internetverbindung für Home-Schooling fehlen. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist stark angestiegen, was negative Auswirkungen auf das gesamte Erwerbsleben haben kann. Wer schnell hilft, hilft doppelt – darum muss rasch gehandelt werden, damit Kinder und Jugendliche nicht schon aus dem Rennen geworfen werden, bevor es richtig angefangen hat.

Armut ist komplex, aber kein Naturgesetz – Armut wird gemacht. Die gute Nachricht ist: Mit dem richtigen Mix aus Geld- und Sachleistungen, kann man verhindern, dass aus armen Kindern, arme Erwachsene werden.

Die wirksamsten Mittel gegen Armut sind gerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen. Wenn Eltern genug verdienen, um gut leben zu können, sinkt auch die Kinderarmut. Zudem trägt ein gut ausgebauter Sozialstaat maßgeblich zur Reduktion von (Kinder-)Armut bei.

Die AK sieht drei zentrale Ansatzpunkte, um Kinderarmut erfolgreich zu bekämpfen:

1. Genug Geld zum Leben für alle Familien,
2. Chancengerechtigkeit im Bildungssystem und
3. Leicht erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote

Diese 3 Punkte umfassen jeweils mehrere Maßnahmen, die im Folgenden ausgeführt werden.

1. GENUG GELD ZUM LEBEN

Um ein gelingendes Leben führen zu können, muss man sich nicht nur Essen, Miete, Heizung oder Kleidung leisten können. Auch ein Handy zu haben, wie alle anderen oder ein Kinobesuch ab und an gehören dazu. Aufgabe der Politik ist es sicherzustellen, dass Familien genug Geld haben, um all diese Ausgaben zu bestreiten und somit soziale Ausgrenzung zu vermeiden.

Die Covid-19-Krise hat Ungleichheiten verstärkt, jetzt muss alles darangesetzt werden, eine schwere soziale Krise zu verhindern. Damit tausende Kinder und Jugendliche nicht schon am Anfang ihres Lebens abgehängt werden, muss es Investitionen und höhere Unterstützungsleistungen geben.

Die AK fordert daher:

- **Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 70 Prozent**
- **Unterhaltsgarantie:** Unterhaltsvorschuss soll auf die Höhe des Regelbedarfssatzes aufgestockt werden, wenn Unterhaltszahlungen ganz oder teilweise ausfallen.
- **Mindestsicherung:** Rücknahme der unter Schwarz-Blau 2019 beschlossenen Verschlechterungen, Anhebung der Richtsätze auf die Armutsgefährdungsschwelle und der Kinderrichtsätze zumindest auf das Niveau von Wien (27%)
- **SchülerInnenbeihilfe:** deutliche Anhebung der Leistung sowie der Einkommensgrenzen, Einbeziehung der 9. Schulstufe
- **Lücken beim Zugang zu Familienleistungen schließen:** Die Familienbeihilfe und das Kinderbetreuungsgeld muss allen Eltern, die den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen in Österreich haben unabhängig von Herkunft, Aufenthalts- oder Erwerbsstatus gewährt werden.
- **Leistbares Wohnen:** Fokus auf kommunalen Wohnbau und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft, Abschaffung der Befristungen, Strafzahlungen bei Mietwucher, ein soziales Mietrecht für alle Wohnungen, Wohnbeihilfen für Haushalte in schwieriger finanzieller Lage und ein Hilfsfonds für Haushalte mit pandemiebedingten Zahlungsschwierigkeiten.

2. BILDUNG VON ANFANG FÜR ALLE

Kindergärten, Schule, Lehre und höhere Bildung: Kaum etwas ist so entscheidend für die Chancen im Leben, wie der Zugang zu Bildung. Das AK-Paket gegen Kinderarmut trägt maßgeblich dazu bei, dass jedes Kind einen fairen Start ins Leben hat und nicht schon mit einem Hürdenlauf beginnen muss.

- **Kinderbetreuung und Elementarbildung:** Rechtsanspruch ab 1. Lebensjahr für alle, kurzfristig Befreiung armutsbetroffener Familien von den Elternbeiträgen; mittelfristig soll Elementarbildung als Bildungseinrichtungen generell kostenlos werden.
- **Kostenlose Schule:** Schulmaterial, Verpflegung, Schulveranstaltungen sowie kostenlose Unterstützung bei Lernschwächen.
- **Ausbau der Ganztagsschulen**, verschränkte Ganztagsschulen bundesweit ausbauen, qualitätsvolles Angebot an Freizeitpädagogik
- flächendeckende Umsetzung einer **gerechten und transparenten Schulfinanzierung** nach dem AK-Chancen-Index, dabei auch Ausbau von Schulsozialarbeit, inkl. zusätzliche SchulpsychologInnen
- **Sensibilisierung von LehrerInnen**, hinsichtlich möglicher Vorurteile gegenüber armutsbetroffenen Familien.
- **Ausbau kostenloser außerschulischer sowie Ferien- und Freizeitangebote** (Vorbild SummerCityCamps).

Echte Chancengerechtigkeit gibt es aber nur, wenn hohe Qualität und ausreichend qualifiziertes Personal in den Bildungseinrichtungen sichergestellt sind.

Damit armutsbetroffene Kinder und Jugendliche auch Zugang zu Kunst und Kultur haben, wäre der Ausbau des Kulturpass der Initiative www.hungeraufkunstundkultur.at auf einen bundesweiten Kultur- und Bildungspass sinnvoll.

3. PERSPEKTIVEN GEBEN

Armut kann durch Krisen wie Jobverlust, Scheidung, Krankheit oder psychische Ausnahmesituationen entstehen. Armut bedeutet großen Druck und die Betroffenen empfinden ihre Situation oft als ausweglos. Um den Weg zurück zu finden, braucht es ebenso wie für jede Familie in schwierigen Situationen niedrigschwellige und professionelle Beratung und Unterstützung.

- Ausreichende Finanzierung von Beratungsstellen, jedenfalls von:
- Flächendeckenden frühen Hilfen (aufsuchende psychosoziale Unterstützung)
- Jugendämtern: ein/e SozialarbeiterIn je 1.800 Kinder/Jugendliche (lt. KJA)
- Frauen und Familienberatungsstellen
- Kostenlose psychotherapeutische Angebote für Kinder ausbauen
- Buddy-Systeme, zB. für die Berufsorientierung und Suche von passenden Lehrstellen
- Ausreichende diagnostische, medizinische und therapeutische Leistungen - kostenfrei, auch inkl. allfälliger Mitbetreuung der Eltern.

AK ÖSTERREICH
AK.AT/FÜRDICH
SOLIDARITÄT
#FÜRDICH
DIE AK FORDERT EINEN GERECHTEN SOZIALSTAAT, DER FÜR ALLE DA IST.